

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/195

13. Oktober 1975

Die Regierungsfähigkeit erhalten!

Am 13. Oktober wäre Kurt Schumacher 80 Jahre alt geworden

Von Helmut Schmidt MdB  
Bundeskanzler und stellv. SPD-Vorsitzender

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Plädoyer gegen dogmatische Verengung

Ein deutliches Wort zum Reizthema "Investitionslenkung"

Von Albert Daevid  
Heeslecher Ministerpräsident und Mitglied des SPD-  
Vorstandes

Seite 3 bis 5 / 112 Zeilen

Die DDR wurde enger an die Kette gelegt

Aber die CDU/CSU hat keinen Grund zum Jubel

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB  
Mitglied des Innerdeutschen Ausschusses des Bundestages

Seite 6 und 7 / 63 Zeilen

Gute Aussichten für deutsch-polnische Wirtschafts-  
kooperation

Obstruktionspolitik isoliert CDU und CSU auch in der  
Bundesrepublik

Seite 8 / 46 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Neussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 32 50 37 - 38  
Telefax: 08 96 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die Regierungsfähigkeit erhalten!

Am 13. Oktober wäre Kurt Schumacher 80 Jahre alt geworden

Von Helmut Schmidt MdB

Bundsekretär und stellv. SPD-Vorsitzender

Heute wäre Kurt Schumacher 80 Jahre alt geworden. Unter Sozialdemokraten muß aus diesem Anlaß die Frage erlaubt sein, ob der Mann, der seine politische Leidenschaft, seine geistige und moralische Kraft dem Wiederaufbau unserer Partei nach dem Kriege gewidmet hat, sein Erbe in der Partei gut aufgehoben sähe, wie sie sich 1975 darstellt.

Kurt Schumacher hat den Standort der deutschen Sozialdemokratie als einer demokratischen, staatsbildenden und staats tragenden Kraft in der politisch zerrissenen Landschaft Nachkriegsdeutschlands bestimmt, als für viele andere das politische Fundament noch unter den Trümmern verschüttet war.

Durch seine klare Abneigung an jede Form von Dogmatismus hat er uns den Weg zu dem gewiesen, was sieben Jahre nach seinem Tod in Godesberg Programm wurde: zu einer offenen Volkspartei, zu einer politischen Kraft, aus verschiedenen moralischen und sittlichen Quellen gespeist, aber einig in den Zielen. Es lohnt sich, seine Worte in Erinnerung zu rufen, die er auf dem ersten Parteitag nach dem Kriege in Hannover ausgesprochen hat: "Unverzichtbar für sie (die SPD) ist der Wille ihrer Mitglieder, Sozialist, Demokrat und Träger der Friedensidee zu sein. Mag der Geist des kommunistischen Manifestes oder der Geist der Bergpredigt, mögen die Erkenntnisse rationalistischen oder sonst welchen philosophischen Denkens ihn bestimmt haben oder mögen es die Motive der Moral sein: für jeden ist Platz in unserer

Partei." Auf dieser Grundlage konnte die SPD mehrheitsfähig, koalitionsfähig und regierungsfähig werden.

Kurt Schumacher wußte um die Notwendigkeit der Mechtsausübung als Grundelement politischen Wirkens. Er war ein leidenschaftlicher Kämpfer für Humanität und Gerechtigkeit, aber seine politische Moral war gepaart mit Realitätsinn und Machtbewußtsein. Seine Erwartung, der erste Kanzler des demokratischen Nachkriegsdeutschlands zu werden, ging nicht in Erfüllung. Er konnte auch die spätere Erreichung des Ziels nicht mehr erleben, für das er gearbeitet hatte: nämlich die Sozialdemokratie in die politische Verantwortung zu bringen.

Wir werden der Größe dieses Mannes und dem politischen Erbe, das er der Partei hinterlassen hat, am ehesten gerecht, wenn wir die Gesetzgebungs- und Regierungsfähigkeit unserer Partei erhalten.

Bis zur Bundestagswahl im kommenden Jahr wird von der SPD viel verlangt. Wir werden dabei unsere Kraft nicht auf Gedankenspiele im Sandkasten des Purismus verzetteln, sondern sie in Solidarität für unsere konkrete politische Arbeit einsetzen.

Kurt Schumacher hat uns bei vielen Gelegenheiten darauf hingewiesen, daß unsere Partei "sich nicht darauf beschränken kann, Ideen zu wählen. Die Partei steht vor dem Problem, die nächstliegenden praktischen Aufgaben zu meistern". Dies gilt noch heute. Wir werden unsere Vertrauensbasis bei den Bürgern dann erhalten, wenn wir uns weniger mit uns selbst, sondern mehr mit den Dingen beschäftigen, die den Bürgern auf den Nägeln brennen. Wir müssen sie überzeugen, daß unsere Partei die besseren Antworten auf ihre Probleme hat.

(-/13.10.1975/bgy/e/bgy)

+ + +

Plädoyer gegen dogmatische Verengung

-----  
Ein deutliches Wort zum Reizthema "Investitionslenkung"

Von Albert Oeswald

Heessischer Ministerpräsident und Mitglied des SPD-Vorstands

Die Sozialdemokratie tritt für eine freiheitliche und sozialgerechte Wirtschaftsordnung ein, in der marktwirtschaftliche Entscheidungsmechanismen mit Elementen öffentlicher Lenkung ausgewogen kombiniert sind. In einem solchen System dezentraler Investitionsentscheidungen können nach aller Erfahrung freie Konsumwahl, freie Arbeitsplatzwahl und freie Unternehmens-Initiative gesichert und eine optimale Versorgung der Bevölkerung mit privaten Gütern und Dienstleistungen erreicht werden.

Selbstverständlich nimmt der Staat wie in allen hochentwickelten Industrieländern so auch in der Bundesrepublik in vielfältiger Weise auf die Investitionsentscheidungen der privaten Unternehmen Einfluß. Dies geschieht z. B. durch die gesetzlichen Bestimmungen im Bereich des Bauwesens, des Umwelt- und Arbeitsschutzes sowie durch Maßnahmen auf den Gebieten der regionalen und sektoralen Strukturpolitik. Auch bei der öffentlichen Hand ist eine steuernde Beeinflussung der Investitionsprogramme von Bund, Ländern und Gemeinden unerlässlich.

Maßnahmen dieser Art dürfen aber nicht mit der Frage verwechselt werden, ob der Staat im Wege einer zentralen Investitionsplanung unmittelbar auf die Entscheidungen der Unternehmen einwirkt. Dies lehne ich ab.

Ein System der Planwirtschaft, d. h. eine bürokratische Zentralplanung wirtschaftlicher Entscheidungen, ist mit den Grundsätzen sozialdemokratischer Politik unvereinbar. Das gilt auch für das Modell der direkten, d. h. imperativen Investitionsplanung und -kontrolle; es überschreitet die kritische Schwelle zu einer zentralen Planung immer weiterer Lebensbereiche und tendiert auf eine "andere Republik". Das Vertrauen in die Fähigkeit zentraler Lenkungsorgane, Bedarfslücken und Zukunftschancen besser erkennen und nutzen zu können als eine Vielzahl von aktiv im Wettbewerb stehenden Unternehmen, ist nicht begründet. In einem System zentraler Investitionsplanung würde zudem die Tarifautonomie aufgehoben und die Mitbestimmung ihren Sinn verlieren.

Angesichts der tiefgreifenden strukturellen Probleme in den modernen Industriegesellschaften ist jedoch eine bessere Koordinierung der öffentlichen und privaten Investitionen unerlässlich. Der Staat darf sich nicht darauf beschränken, auf wechselnde politische Erwartungshaltungen und Konjunkturschwankungen zu reagieren, sondern muß die öffentliche und private Wirtschaftstätigkeit durch flexible Orientierungsplanung so beeinflussen, daß die konjunkturellen Verläufe verstatigt, qualifiziertes Wachstum erreicht und die Arbeitsplätze gesichert werden.

Das setzt zunächst eine systematische Verbesserung der Informations- und Datenbasis der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung voraus. Hinzu kommen muß eine strikte staatliche Datensetzung, z. B. in der Finanz- und Geldpolitik, in der Wettbewerbspolitik, auf dem Gebiete der sozialen Sicherung sowie in Umwelt- und Arbeitsschutz.

Innerhalb dieser Rahmenbedingungen geht es darum, die vorhandenen Instrumente zur indirekten Investitionssteuerung, vor allen auf dem Gebiet der regionalen und sektoralen Strukturpolitik konsequent einzusetzen und weiter auszubauen. Mit diesen Instrumenten kann wirksame Investitionssteuerung mit den Vorteilen eines funktionierenden Marktwettbewerbs kombiniert werden. Dabei wird konkret zu prüfen sein, in welchen Sektoren wegen zunehmender Verdrängung des Wettbewerbs die indirekte Steuerung des Marktgeschehens durch stärkere Einflußnahme auf die Investitionsentscheidungen großer Unternehmen ergänzt werden muß. Zugleich gilt es, ein umfassendes Konzept für eine vorausschauende aktive Strukturpolitik zu entwickeln. Entscheidendes Ziel muß die Steigerung der Investitionen in zukunftsträchtigen Branchen sein, um neue Wachstumspielräume zu erschließen und die Arbeitsplätze von morgen zu sichern.

Sozialdemokratische Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik darf nicht dogmatisch auf den Aspekt der "Investitionslenkung" verengt werden. Sie muß sich vielmehr auf vielfältige Schwerpunkte konzentrieren:

- Die Durchsetzung und Erprobung der Mitbestimmung mit dem Ziel, die Arbeitnehmer an den Entscheidungen in den großen Unternehmen gleichberechtigt zu beteiligen;
- die Modernisierung unserer Volkswirtschaft durch eine intensiviertere Struktur- und Technologiepolitik, die die Energie- und Rohstoffeffizienz einschließt;
- die Sicherung einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung, um Konzentrationsprozesse aufzuhalten, die Märkte für potentielle Anbieter offenzuhalten, die Vielfalt leistungsfähiger Klein- und Mittelbetriebe zu erhalten und die Rechte der Verbraucher durchzusetzen;
- eine mittel- bis langfristige Koordination zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor, um die wechselseitigen Auswirkungen zwischen Staats- und privater Wirtschaftstätigkeit besser aufeinander abzustimmen;
- eine Reform des Bodenrechts und die Fortentwicklung der Kommunal- und Regionalplanung, um humanere Siedlungsstrukturen und Wohnverhältnisse zu schaffen oder zu gewährleisten; und

- den Abbau der Ungleichgewichte in der Vermögensverteilung mit dem Ziel, die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu fördern.

Die Summe dieser wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen markiert einen Weg, der die negativen Auswirkungen eines wildwüchsigem Kapitalismus ebenso vermeidet wie die offensichtlichen Gefahren einer staatlichen Planwirtschaft. Zusammen mit dem Versuch, die Dynamik des Marktes soweit wie möglich zu erhalten, und sie nur dort, zu begrenzen, wo sie andere in ihrem Freiheitsspielraum beeinträchtigt, werden damit die Konturen eines dritten Weges stärker als seither deutlich. Dieser Weg ist gewiß mühsam. Er verlangt eine ständige Überprüfung des eigenen Standorts, die Bereitschaft, aus Fehlern zu lernen und die Einsicht, daß die angestrebten Ziele nur schrittweise erreicht werden können. Aber dieser Weg ist am wenigsten inhuman und am wenigsten in der Gefahr, totalitär zu werden.

Nach meiner Meinung muß der entwicklungs offene Richtungskompromiß des Entwurfs zum "Orientierungsrahmen '85" im Abschnitt "Markt und Lenkung" beibehalten werden. Er stellt eine Konsensbasis dar, die nach dem gegenwärtigen Diskussionsstand für alle Gruppen der Partei akzeptabel ist. Die Einheit der Sozialdemokratie als einer demokratischen Volkspartei gründet sich auf eine Pluralität politischer Motivationen und auf den Verzicht, ein für allemal gültige Patentlösungen anzubieten. Eine Partei mit derart pluralistischer Prägung darf nicht der Gefahr erliegen, monokausale wirtschaftstheoretische Konzepte losgelöst von den realen Gegebenheiten so zu entwickeln, als befände sie sich in der entrückten Atmosphäre eines akademischen Seminars.

(-/13.10.1975/ee/wi)

+ + +

Die DDR wurde anger an die Kette gelegt

Aber die CDU/CSU hat keinen Grund zum Jubeln

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB

Mitglied des Innerdeutschen Ausschusses des Bundestags

Die Bonner Oppositionsparteien können nur schwer ihre Genugtuung über das Ergebnis des Vertrages zwischen der UdSSR und der DDR verbergen. Sie fühlen sich in ihren Prognosen bestätigt und sind mächtig stolz darauf: Nur wenige Wochen seien seit der Unterzeichnung der Schlußprotokolle der KSZE vergangen, sagen sie, und schon setze sich die Sowjetunion über die getroffenen Vereinbarungen hinweg. Nichts mache das nach ihrer Meinung erkennbare Scheitern der Ostpolitik der Sozialliberalen deutlicher.

Wäre es wirklich so, dann wäre auch das, wie wir meinen, alles andere als ein Grund zum Jubeln. Was die Opposition allerdings bei ihrer blinden Begeisterung total übersieht, ist das, was in Deutschland vor den Verträgen war und was sich in der Zwischenzeit auf der weltpolitischen Bühne getan hat. Sie vergißt nämlich bei ihrer Argumentation grundsätzlich, sich daran zu erinnern, wie es an der Grenze zur DDR bei ihrem Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung aussah und wie sehr die menschlichen Kontakte und die Möglichkeit zu Direktverhandlungen zwischen den beiden Staaten eingefroren waren. Sie übersieht auch total, daß die von der CDU/CSU gegenüber der DDR betriebene Politik des Alles oder Nichts die Bundesrepublik in der deutschen Frage isoliert und zum internationalen Störenfried gestempelt hatte. Eine Fortsetzung dieser Politik hätte uns in Deutschland um jenes Mehr an Menschlichkeit und menschlichen Begegnungen gebracht, das sich heute bereits in Millionenziffern ausdrückt und daher von weiten Kreisen der Bevölkerung als Alltagselbstverständlichkeit kaum noch zur Kenntnis genommen wird.

Die CDU/CSU wird hier wieder einhaken und an Minenfelder und Stacheldraht erinnern. Wir haben nie die Scheußlichkeit dieser Grenze entschuldigt, aber offensichtlich ist doch, daß die CDU/CSU mit ihrer Politik die Minen-

felder, die ja bereits damals vorhanden waren, am allerwenigsten weggebracht hat und auch bis heute auf keinen Fall weggebracht hätte.

Zu dem nun abgeschlossenen Vertrag sei aber die Frage erlaubt, ob er in erster Linie des zum Inhalt hat, was ihm mit großer Genugtuung die CDU/CSU als Hauptziel unterstellt: den Fußtritt für Bonn. Uns scheinen hier doch einige Zweifel angebracht. Es ist schon lange nicht zu verkennen, daß die Machtheber der DDR die Massenflut der Westbesucher als ein Rütteln an den Grundfesten ihres Staates sehen. Sie haben daher in der letzten Zeit wiederholt gegenüber der Sowjetunion Zeichen souveräner Anwendungen erkennen lassen und damit einen gewissen Druck auf den Kreml auszuüben versucht. Als Beispiele seien dafür nur die Auseinandersetzungen um die Stromlieferungen an Westberlin genannt sowie die Aufregung in Moskau über das Gespräch zwischen Helmut Schmidt und Erich Honecker. Daß man dieses Spiel sicherlich mit der Absicht lieferte, eine Vorzugsrolle unter den Verbündeten Moskaus zu erhalten und sich nicht mehr weiter auf dem ungeliebten Weg der weiteren Öffnung nach dem Westen hin vorantreiben zu lassen, kann unterstellt werden. Die Chance, auf den Kreml Druck in dieser Richtung auszuüben, war für Ostberlin günstig. Die Verärgerung Moskaus über die Entwicklung in Portugal und im Nahen Osten sowie über das Schwinden des Einflusses im Fernen Osten mußte auch die gemäßigten Kräfte im Kreml zum Nachgeben bringen.

So hat man die DDR durch den Vertrag an eine Kette gelegt, die die Position des Regimes im Inland stärkt und den sowjetischen Einfluß festigt. Die CDU/CSU ist mehr als naiv, wenn sie geglaubt hat, mit ihrem dauernden Geschrei die Sowjetunion von ihrem Kurs der festen Integration der DDR in ihr Lager abbringen zu können. Niemand aus dem Lager der Regierungsparteien hat dagegen jemals behauptet, mit den Verträgen die Einheit Deutschlands wiederherstellen zu können. Was man mit ihnen erreichen wollte, war die deutsche Teilung im menschlichen Bereich erträglicher zu machen. Wie wenig die CDU dazu beigetragen hat, ist daraus zu erkennen, daß der angeblich so erfolgreiche Besuch ihres Parteivorsitzenden in Moskau nicht einmal einen zeitlichen Anstandsabstand von dem Vertragsabschluss zwischen UdSSR und DDR mit sich brachte. So war das Abkommen auch eine schallende Ohrfeige für Kohl und sein Auftreten in der Sowjetunion. Das ist nun kein Grund zur Freude für uns. Es sollte aber für die CDU/CSU ein Grund zum Nachdenken über ihre Politik sein.

(-/13.10.1975/ee/wl)



### Gute Aussichten für deutsch-polnische Wirtschaftskooperation

Obstruktionspolitik isoliert CDU und CSU auch in der Bundesrepublik

Während CDU und CSU lauthals ihre Opposition gegen das von den Außenministern Genscher und Olschowski unterzeichnete deutsch-polnische Abkommen bekunden und sogar ihre Zustimmung im Parlament verweigern wollen, bereiten sich Industrie und Handel in der Bundesrepublik Deutschland auf eine langfristige Kooperation mit Polen vor.

In aller Stille haben Expertengruppen beider Seiten etwa 50 Projekte ausgearbeitet, die jetzt realisiert werden können. Hierbei handelt es sich um ein Finanzvolumen von vier Milliarden DM. Es versteht sich von selbst, daß eine zügige Durchführung der Projekte auch zu einer wesentlichen Verbesserung der Arbeitsmarktlage in der Bundesrepublik Deutschland für den Zeitraum von mindestens zehn Jahren beitragen kann.

Im einzelnen sind folgende Wirtschaftsvorhaben bereits eingeleitet worden oder befinden sich im Stadium der abschließenden Verhandlungen. An der Spitze steht der von deutschen Firmen zu errichtende Bau einer Kupferhütte in Polen im Wert von 250 Millionen DM. Es folgen dann mehrere "Tauschgeschäfte", bei denen die Bundesrepublik Bergwerkeinrichtungen liefert und Polen der deutschen Seite Kokskohle zur Verfügung stellt. Die Firma Krupp, die in Polen besonders engagiert ist, steht jetzt vor dem Abschluß eines Synthesegas-Projektes, bei dem die technischen Einzelheiten bereits geklärt sind. Das Finanzvolumen beträgt 350 Millionen DM. Weitere gemeinsame Projekte beziehen sich auf die Kooperation in der Eisen- und Stahl-Industrie, im Schiffbau und der Chemie. Auch für den Bau von Kraftwagen haben die deutsch-polnischen Expertengruppen ihre Vorarbeiten abgeschlossen und können jetzt, nach der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens, mit der praktischen Arbeit beginnen.

Als hoffnungsvoller Ansatz zur deutsch-polnischen Zusammenarbeit in Drittländern wurde in Warschau wie in Bonn ein gemeinsam durchgeführtes Chemie-Projekt in Marokko bezeichnet. Da sich auch andere afrikanische Staaten für die hierbei angewandten technologischen Methoden stark interessieren, ist mit einer Erweiterung dieses Sektors gemeinsamer Aktivitäten auch auf Afrika zu rechnen.

Interessant ist, daß alle diese Projekte, die natürlich erst nach Abschluß des vom damaligen Bundeskanzler Willy Brandt unterzeichneten deutsch-polnischen Grundvertrages in Angriff genommen werden konnten, in den Wirtschaftsteilen auch viele der parlamentarischen Opposition nahestehender Zeitungen positiv gewertet werden. Man weiß dort genau, was diese Vereinbarungen für die deutsche Wirtschaft bedeuten.

Bei der Opposition im Bundestag dagegen legt man gegenüber dem deutsch-polnischen Vertrag ein Verhalten an den Tag, das in die Nähe der bewußten Obstruktion positiver wirtschaftlicher Entwicklungen in der Bundesrepublik führt. Es erhebt sich die Frage, ob man auf dieser Seite unserer politischen Landschaft nicht doch endlich begreift, was es bedeutet, wenn die Bundesrepublik konsequent die Normalisierung ihres Verhältnisses auch zu ihren östlichen Nachbarn anstrebt.

Günter Markscheffel  
(-/13.10.1975/w1/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller